

# ASTA Info

nr. 8  
oktober 2007

## KRITISCHE WISSENSCHAFT UNTER TERRORVERDACHT

VON ELSA KOESTER & NIKLAS POLLACZEK

**A**m 31. Juli wurden in Brandenburg/Havel drei Männer verhaftet. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) geschah dies bei dem Versuch, auf dem MAN-Gelände Lastfahrzeuge der Bundeswehr in Brand zu stecken. Tags darauf wurde der an der Humboldt Universität lehrende Stadtsoziologe Andrej Holm festgenommen. Ihm wird, genauso wie den drei anderen, auf Grundlage des §129a des Strafgesetzbuches die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen den Soziologen erscheint bei näherer Betrachtung der Begründungen des Haftbefehls als ein gewagtes Konstrukt. Er wird der Mitgliedschaft in der militanten Gruppe (mg) bezichtigt, welche seit 2001 für mehrere Brandanschläge verantwortlich gemacht wird, bei denen keine Personen zu Schaden kamen.

Die Indizien, welche zu Andrej Holms Verhaftung geführt haben, sind folgende: Er hatte Kontakt zu einem der anderen Verhafteten. In Bekennerschreiben der mg tauchen Schlagwörter und Phrasen auf, welche er in seinen wissenschaftlichen Arbeiten verwendete. Zudem stünden ihm »Bibliotheken zur Verfügung, die er unauffällig nutzen kann, um die zur Erstellung der mg erforderlichen Recherchen durchzuführen«, und er sei als promovierter Politologe »intellektuell in der Lage, die anspruchsvollen Texte der militanten Gruppe zu verfassen«. Die identische Autorenschaft von Andrejs wissenschaftlichen Texten und den mg - Publikationen meint das BKA anhand weniger ‚äußerst‘ seltener Schlagwörter, wie »Reproduktion«, »implodieren«, »politische Praxis« und »Gentrification« nachweisen zu können. Durch diese konstruierten ‚Indizien‘ wird deutlich, dass der §129a es ermöglicht, anstelle konkreter Tatvorwürfe Kontakte und Gesinnung unter Strafe zu stellen. Die Bundesanwaltschaft sieht in Andrej Holm offenbar den intellektuellen Kopf der mg, dies wird allein durch seine kritische wissenschaftlichen Arbeit und Kontakte zu den sozialen Bewegungen begründet.

Die Verhaftung Andrejs hat eine Welle von Solidarisierungen ausgelöst. Unter anderem wurde ein Offener Brief initiiert, in dem die Freilassung der Verhafteten gefordert wird. Unter den UnterzeichnerInnen befinden sich die FU-ProfessorInnen Elmar Altvater und Margit Mayer sowie zahlreiche mitunter prominente internationale WissenschaftlerInnen. Der wissenschaftliche Beirat von Attac kritisiert in einer Erklärung, dass die wissenschaftliche Tätigkeit von Andrej Holm als Begründung für den Haftbefehl herangezogen wird: »Dadurch wird kritische Gesellschaftsanalyse nicht nur kriminalisiert, sondern unmittelbar dem Terrorismusverdacht ausgesetzt«.

Auch der ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zeigte sich bestürzt über die Kriminalisierung kritischer Wissenschaft. »Es kann nicht angehen, dass wissenschaftliches Arbeiten mit Isolationsfolter bestraft wird!«, erklärte Publikationsreferent Tobias Becker gegenüber AStA Info.

Nach drei Wochen unter skandalösen Haftbedingungen ist Andrej aus der Untersuchungshaft entlassen worden und wartet nun, ebenso wie Oliver, Axel und Florian, auf seinen Prozess.

### I N H A L T

Grabenkämpfe um Studiengebühren 2

Hier bloggt (auch) der AStA 4

Volxbegehren 6

Lenzen will kein Licht im Dunkeln -

Studierbarkeitsumfrage 12

Zur Berufungspraxis an der FU 14

ASHB wehrt sich gegen Rassismus 15

# Grabenkämpfe um Studien- gebühren

VON BJÖRN KIETZMANN



**A**nfang des Jahres versuchten Studierende der Universität Karlsruhe mit einer Boykott-Kampagne die Erhebung allgemeiner Studiengebühren zu verhindern. Die Protestaktion misslang, da das zuvor gesetzte Beteiligungsquorum um 3538 Boykotteure verfehlt wurde. »500 Euro Studiengebühren – Nicht mit uns!« lautete eine zentrale Losung der Kampagne. Inzwischen weht an der Universität Karlsruhe ein ganz anderer Wind.

Zwar zeigt sich der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) nach wie vor solidarisch zu den Protesten gegen die Erhebung und Einführung von Studiengebühren in anderen Bundesländern. Die Protestlinie an der eigenen Hochschule verschob sich jedoch deutlich. In einer aktuellen Erklärung des UStA zur Erhebung von Studiengebühren wird zwar nach wie vor der Wille zum Protest bekun-

det, aber nicht mehr gegen Studiengebühren an sich. Der Zorn der StudierendenvertreterInnen richtet sich nun vielmehr gegen einen ungerechten Verteilungsschlüssel der einkassierten Studientgelte.

## Zugang zum Studium

Michael Schmidt von der Karlsruher Juso Hochschulgruppe fasst das Problem folgendermaßen zusammen: »Ein System, das die Mittel aus Studiengebühren so verteilt, dass zwei Klassen von Studierenden entstehen, ist ungerecht und schädlich«. Was durch die ganze Intervention allerdings in den Hintergrund gerückt wird, ist, dass es viele junge Menschen unter der Bedingung Studiengebühren bezahlen zu müssen überhaupt nicht bis an eine Hoch-

schule schaffen. Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks ( [www.studentenwerke.de/se/](http://www.studentenwerke.de/se/) ) macht deutlich, dass auch ohne Studiengebühren viele vor allem aus einkommensschwachen und so genannten bildungsfernen Schichten keinen Zugang zu einem Studium finden. Verantwortlich hierfür ist zu nicht unerheblichen Teilen das 3-gliedrige Schulsystem. Kinder bekommen so einen Stempel aufgedrückt und eine bestmögliche Förderung aller Beteiligten wird verhindert.

### Ernsthafte Mitbestimmung?

Der Kurs, auf dem sich unter anderem die Karlsruher StudierendenvertreterInnen befinden, ist bei hochschulpolitisch engagierten Studierenden höchst umstritten. Während die eine Seite das Einmischen in den Studiengebühren-Verteilungskampf als Teil einer emanzipatorischen Mitbestimmung versteht, kritisiert die andere, wie etwa der AStA der FU, diesen Prozess als Aufgabe des Kampfes gegen Studiengebühren. »Ernsthafte Mitbestimmung sieht einfach anders aus«, erklärte Hochschulpolitik-Referentin Claudia Wrobel. »Die Studierenden müssen in die Verteilungsdiskussionen des gesamten Hochschulhaltes vernünftig einbezogen werden. Das, was derzeit an einigen Hochschulen passiert, wo Studiengebühren bezahlt werden müssen, ist eine bloße Farce.«

Der Konflikt hatte zwischenzeitlich auch den freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) erreicht. Mitte August beantragten Studierende der Uni Erlangen-Nürnberg und der TU München die Einrichtung des Arbeitskreises »Controlling Studienbeiträge«. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit. Die Dachorganisation fzs, in der 77 von 345 Studierendenvertretungen organisiert sind, gilt derzeit als politisch angeschlagen. Ein auf der letzten Mitgliederversammlung gestellter Antrag auf Verbandsauflösung wurde zwar mit 70 % der Stimmen abgelehnt. Seit dem sind aber nahezu alle hessischen Mitglieds-AS-ten sowie der StudierendenRat der TU Chemnitz ausge-

treten. Auch in Thüringen und Baden-Württemberg diskutieren einzelne Studierendenvertretungen über ein mögliches Verlassen des fzs. Einer der zentralen Vorwürfe lautet, der fzs habe die Proteste gegen Studiengebühren unzureichend unterstützt. Darüber hinaus rücke der Verband »immer weiter in die Nähe der großen Parteien und bietet keine ernstzunehmenden Alternativen zur Regierungspolitik an«, erklärte Jochen Gerlach vom AStA der Fachhochschule Gießen-Friedberg.

### Studiengebühren zu Lehrmittelförderbeträgen

Eine Möglichkeit sich sowohl an der Verteilungsdiskussion zu beteiligen, aber immer noch glaubwürdig gegen jegliche Studiengebühren protestieren zu können, offenbarte die HochschülerInnenschaft an der Universität Wien. Im Sommer 2004 forderten die Studierenden eine Rücküberweisung sämtlicher Gebühren an die Studierenden als »Lehrmittelförderbeitrag«. Die Universität und das Bildungsministerium lehnten diese sozialgerechte Studiengebührenverwendungsart allerdings ab.

P R O J E K T E										
Berliner Bündnis für Freie Bildung 11										
Arbeitskreis Hochschulpolitik 14										
Offene Uni Berlins / AVV 16										

## OSI verliert zivilen Ungehorsam

### Peter Grottian hat das OSI verlassen

**A**m 8. Juni verlor das OSI den kämpferischsten und engagiertesten Professor der letzten Jahrzehnte: Peter Grottian wurde offiziell emeritiert.

Grottian lehrte an der FU seit 1979 Politikwissenschaft auf eine Weise, die in den heutigen Zeiten der modularen Bildung selten geworden ist: »Mit den Studierenden habe ich versucht, ein Verständnis von Politikwissenschaft zu betreiben, das Wissenschaft ernst nimmt, das die Vermittlung von Praxis ernst nimmt und ermöglicht, daß sich Studierende im gesellschaftlichen Prozeß

engagieren«, äußerte er sich gegenüber der jungen Welt (2.6.07).

Während für den Kampf gegen die Verarbeitung von Bildung zu Fast Food an der FU jetzt ein wichtiger Kämpfer fehlt, wird der Vollzeit-Aktivist außerparlamentarisch weiterhin eine wichtige Rolle spielen, sei es im Komitee für Grundrechte, im Berliner Sozialforum oder in der Initiative Bankenskandal. So wird auf den Straßen Berlins sicher noch öfter die rauhe, entzürnte Stimme des Radikaldemokraten über uns rollen, die uns ermahnt, die Möglichkeiten des radikalen Widerstands auszunutzen. Und am OSI werden noch Generationen von Studis sein Echo durch die Flure hallen hören: »Seid ungehorsam!«

# Hier bloggt (auch) der AStA

Kleine Informationssuche im Internet - alles über die FU Blogs  
Web 2.0 oder Hochschulpolitik im Netz

BERTA VON BLOCK

In den letzten Jahren hat sich eine aktive Szene von Bloggern und Bloggerinnen etabliert, die sich in Weblogs (kurz Blog) im weitesten Sinn mit (Hochschul-)Politik an der Freien Universität Berlin befasst.

Zunächst ist ein Weblog nichts anderes als ein am Computer geschriebenes digitales Journal - das einfach zu aktualisieren ist und im Internet veröffentlicht werden kann. Damit stellt es ein schnelles und günstiges Medium zur Informationsweitergabe dar. In diesem Artikel soll nun ein Ausschnitt aus der studentischen Blogosphäre an der FU vorgestellt werden.

## Hier bloggt der AStA!

Seit Ende Mai 2006 gibt es das AStA Blog, das sich in erster Linie an die hochschulpolitisch interessierte studentische Öffentlichkeit an der FU Berlin richtet. Ziel ist es, den Informationsfluss zwischen AStA und Studierenden auf einer Ebene unterhalb der »offiziellen« AStA Presseerklärung zu etablieren. Zudem sollte ein Instrument geschaffen werden um die Berichterstattung über Aktivitäten auf Fachschaftsebene zu verbessern. Inzwischen hat sich das Blog als Informationsquelle etabliert, da immer mehr NutzerInnen durch eine thematische Internetsuche auf das AStA Blog gelangen. Das AStA Blog stellt somit eine wichtige tagesaktuelle Ergänzung zum bestehenden Internet-Angebot des AStA dar.

<http://blog.astafu.de>

## Ein studentisches Watchblog an der Freien Universität

Das zur Zeit aktivste Blog an der FU Berlin ist das Watchblog »FUwatch« - welches sich nach eigener Darstellung »kritisch mit Vorgängen an der FU Berlin auseinandersetzt«. Immerhin so kritisch, dass den Autoren ihre subjektive Berichterstattung vorgeworfen wird: »Kritisch« sei der Blog, sagt Cedis-Leiter Nicolas Apostolopoulos, »zum Teil im positiven Sinne, zum Teil ist er aber auch unobjektiv«. (Tagesspiegel)

Nach Wikipedia handelt es sich bei Watchloggern um »vor allem formal höher gebildete männliche Erwachsene, die durch Kommentierung und die Recherche von Informationen ein größeres Publikum erreichen wollen, und zumindest einen quasi-journalistischen Anspruch haben (vgl. Koh et al. 2005, Kuhn 2005).«

Damit bietet sich die Freie Universität als ideale Spielwiese für Watchblogger an, auf der einen Seite gibt es viele formal höher gebildete männliche Erwachsene und auf der anderen Seite eine große und undemokratisch organisierte Institution.

Wie viele andere Blogs scheint das FUwatch-Blog von einer Einzelperson betrieben zu werden, die hier erheblichen Zeit und Rechercheaufwand investiert. Dadurch besteht zu befürchten, dass mit dem Ende des Studiums von »Niklas« auch das Ende des FUwatch-Blogs nahen könnte. Dieses Schicksal ereilte auch das studentische Projekt osiwelt, ein Blog das von 2004-2006 über das Otto-Suhr-Institut ganz subjektiv und von innen berichtete.

<http://fuwatch.wordpress.com>

<http://osiwelt.blogspot.com>

## Insitutsspezifische Themenblogs - Studium und mehr!

Deutlich kontinuierlicher arbeiten die BloggerInnen des Blogs [publizistik-in-berlin.de](http://publizistik-in-berlin.de). Dieses Blog, das seit 2003 sowohl über die Vorgänge am Insitut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft als auch über medienpolitisch relevante Ereignisse berichtet, ist als Kollektivblog angelegt. Hier wird zum Mitmachen angeregt:

»Schreib' mit! In Dir steckt eine Journalistin, ein Weblogger? Dann melde Dich bei uns und los geht's! Schreib' uns eine E-Mail, dann bekommst Du Zugang zum Redaktionssystem.«

Zusätzlich besteht die Möglichkeit Lernhilfen auszutauschen und sich auf dem [wir]-Verteiler anzumelden - der Mailingliste für alle am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften.

<http://www.publizistik-in-berlin.de>

---

## **Blog und Homepage - Hochschulpolitik in Fachschaftsinitiativen und Parteien**

---

Einige Fachschaftsinitiativen haben sich den Vorteil eines Blog-Systems zur Einrichtung einer FSI-eigenen Homepage zu Nutzen gemacht. Während die Homepage mit statischen Inhalten ein gewisses Niveau an technischem Grundwissen erforderte, so lässt sich ein FSI-Blog deutlich einfacher betreiben. Informationen über die Fachschaftsarbeit können so zeitnah und umfassend von allen FSI Mitgliedern veröffentlicht werden. Auch einige Partei-Hochschulgruppen an der FU versuchen ihre WählerInnen über eine umfassende Berichterstattung in Blogs zu erreichen. Der Inhalt der Partei-eigenen Homepage tritt gegenüber den tagesaktuellen Informationen im Blog dabei deutlich zurück.

<http://fsigeschichte.blogspot.de>

<http://fachschaftsinitiativen.de.vu>

<http://fu-berlin.liberal-studenten.de>

<http://blog.lhg-berlin.com/>

---

## **Bloggen für den Wahlerfolg - Wahlkampfblogs**

---

Neben den kontinuierlich betriebenen Blogs gibt es auch einige Blogs, die nur temporär gepflegt werden, zum Beispiel zur Zeit des studentischen Wahlkampfes, in dem jedes Jahr um die Sitze im Studierendenparlament gekämpft wird. Beispielhaft sei hier das Blog der PARTEI-Hochschulgruppe an der FU Berlin genannt. Sowohl die Satzung als auch das Wahlprogramm dieser Gruppe wurde offenbar aus den im Internet zugänglichen Veröffentlichungen anderer Partei-Hochschulgruppen zusammengesucht.

Trotz dieses - oder gerade durch diesen - dreisten Plagiarismus konnte die PARTEI Hochschulgruppe einen Sitz im Studierendenparlament der FU Berlin erkämpfen. Die Aufgabe eines Watchblogs übernahm im FU Wahlkampf 2006 beispielsweise die Initiative Mündige WählerInnen in ihrem Blog.

<http://die-partei-fu-berlin.de.vu>

<http://initiative-muendige-waehlerinnen.blogspot.com>

---

## **Interessengruppen und Bündnisse stellen sich vor**

---

Es gibt auch Blogs einzelner Hochschulgruppen die sich nur mit speziellen Themen befassen, z.B. mit dem Semesterticket oder der Situation von Langzeitstudierenden. Auf diesen Blogs lassen sich meist nur Informationen zum Spezialthema der jeweiligen Gruppe finden, allerdings gibt es immer auch Hinweise auf die Situation an der FU Berlin.

»Auf unserer Homepage dokumentieren wir alle polemischen Ausfälle gegen Langzeitstudis und sammeln gute Argumente FÜR das Langzeitstudium!« (Langzeitstudis gegen Studiengebühren)

Neben einem Marx-Lektürekurs lässt sich hier auch das Berliner Bündnis für Freie Bildung mit einem eigenen Blog finden, in dem über die Bündnisarbeit und den Kampf gegen Studiengebühren informiert wird. Doch auch die Gebührenbefürworter/innen des Dieter-Lenzen Fanclubs haben einen eigenen Blog, in dem sie ihrem Idol Dieter Lenzen (unser aller Universitätspräsident!) huldigen.

<http://semtix.blogspot.de/>

<http://langzeitstudium.de.vu/>

<http://marx.blogspot.de/>

<http://www.freie-bildung-berlin.de/>

<http://www.dieter-lenzen.de/wordpress/>

---

## **Information Overflow! Wie behalte ich den Überblick?**

---

Eine (unvollständige) Übersicht über einige der unabhängigen FU Blogs findet sich unter dieser Adresse:

<http://fu-blogs.de.vu/>

Zum Überblick über die Aktivitäten in der (studentischen) Blogosphäre bietet sich der Gebrauch eines RSS-Feedreaders an, mit dem sich die Nachrichten aus den einzelnen Blogs einfach abonieren und übersichtlich darstellen lassen.

<http://de.wikipedia.org/wiki/RSS-Reader>

Der AStA FU stellt folgende vier RSS-Feeds zur Verfügung:

- Pressemitteilungen: <http://www.astafu.de/astafu.rss>

- Presseschau

<http://www.astafu.de/aktuelles/presseschau/presseschau.rss>

- Termine: <http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/termine.rss>

- AStA Blog: <http://astafu.blogspot.de/feed/>

Wer eine Auswahl der aktuellen AStA Nachrichten traditionell per Mail zugestellt haben möchte, kann sich im AStA-Newsletter eintragen:

<http://lists.spline.inf.fu-berlin.de/mailman/listinfo/asta>

Neben dem AStA Blog und dem Service-Angebot bleibt natürlich auch weiterhin die original AStA FU Homepage eine wichtige Informationsquelle. Hier finden sich die Pressemitteilungen und Publikationen des AStA:

<http://www.astafu.de/>

Dieser Artikel ist online unter

<http://astafu.blogspot.de/2007/09/23/asta-info/>  
Freischaltcode: 5432

abrufbar. Die angegebenen Blogadressen und Quellen sind hier verlinkt.

# Volxbegehren

»Für Offene und demokratische Hochschulen«  
Wir brauchen eure Unterstützung!

ANDI MÖBIUS



Das Volxbegehren »Für offene und demokratische Hochschulen« wird zur Zeit in Berlin durchgeführt. Es wird vom studentischen Bündnis »Für Solidarität und freie Bildung« getragen, welchem Studierende mehrerer Berliner Hochschulen (TFH, FU, ASFH, HU, TU, UDK) angehören. Konkret geht es im Volxbegehren darum, Studiengebührenfreiheit, einen unbeschränkten Masterzugang und eine viertelparitätische Mitbestimmung im novellierten Berliner Hochschulgesetz festzuhalten.

Das Begehren wird in drei Stufen durchgeführt. Dabei ist die erste, welche bis zum 11. Dezember durchgeführt wird, der Antrag auf ein so genanntes »Volksbegehren«. Zur Bewilligung dieses Antrages sind insgesamt 20.000 Unterschriften von wahlberechtigten BerlinerInnen nötig. In der zweiten Stufe, zur eigentlichen Durchführung des Begehrens, müssen 170.000 Personen unterschreiben, und schließlich kommt es zur Abstimmung der vorgeschlagenen Gesetzesänderung. An dieser müssen sich 25% der Wahlberechtigten beteiligen.

Das Volxbegehren wendet sich gegen eine neoliberale Bildungspolitik, in welcher Hochschulbildung zur Ware umfunktioniert wird. Diese Ware, welche international handelbar ist, soll dann von Unternehmen mit universitärem Charakter angeboten und verkauft werden. Um im

internationalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen diese neuartigen Unternehmen ihre Entscheidungsfindungsprozesse entdemokratisieren um effizient zu wirtschaften. Durch Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen soll eine künstliche Verknappung geschaffen werden, da sonst der »Warenwert« fällt.

## Ziele des Volxbegehrens

Das Volxbegehren zeigt auf, dass nicht immer weiter steigende bzw. weitere Einführungen von Studiengebühren, sondern die Sicherung der Studiengebührenfreiheit eine gesellschaftspolitisch sinnvolle Perspektive von Bildungspolitik darstellt. Der jetzigen Entdemokratisierung stellen wir eine Gleichstellung aller Statusgruppen der Hochschulen entgegen. Hochschulen sollen somit ihre demokratisierende Funktion wieder erlangen und nicht länger willkürlichen Entscheidungen ihrer Präsidien unterworfen sein. Anstelle einer Herrschaft von Funktionseliten sollen sich alle Menschen partizipativ an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen.

Diese Beteiligung setzt die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe an Bildung voraus. Daher wollen wir keine weiteren Selektionshürden in einem Bildungssystem, welches schon jetzt eines der selektivsten der OECD- Staaten ist. Der frei wählbare Masterabschluss ist daher für alle BA-AbsolventInnen zu ermöglichen.

weiter auf Seite 11

## Unterschriftsbogen zum Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens

für den Antrag des Trägers des Volksbegehrens

Bündnis für Solidarität und freie Bildung (Lena Müller, Andrea Remmers, Pablo Hermann, Andy Möbius, Hans Riegel)  
Name

c/o OUBS - Offene Uni BerlinS, HU-Campus-Nord (Haus 20) Philippstr. 13, 10115 Berlin  
Anschrift

Bitte senden sie diese Bögen unterschrieben an die oben genannte Anschrift (Adresse)

## Antrag zum Volksbegehren „Für offene und demokratische Hochschulen“

Hiermit wird beantragt, das Volksbegehren „Für offene und demokratische Hochschulen“ zuzulassen.  
(Gesetzestext und Begründung des Antrags zum Volksbegehren siehe Seite 2 bis 4).

**Unterstützungsunterschrift** Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen

Ich unterstütze hiermit durch meine persönliche und handschriftliche Unterzeichnung den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens

Familienname \_\_\_\_\_  
ggf. auch Geburtsname

Vorname(n) \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_  
Alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschriftsleistung

Mir ist bekannt, daß für mich eine Bescheinigung über die Unterschriftsberechtigung eingeholt wird.

Berlin, den \_\_\_\_\_  
lesbare Unterschrift \_\_\_\_\_

**Wichtiger Hinweis:** Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d.h. alle Deutschen, die 18 Jahre alt, seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung angemeldet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Personen, die nicht in einem Melderegister der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet sind oder nicht seit drei Monaten vor dem Tag der Unterzeichnung im Melderegister in Berlin gemeldet sind, müssen mit der Unterzeichnung durch Versicherung an Eides Statt gegenüber dem Bezirkswahlamt glaubhaft machen, daß sie sich in den letzten drei Monaten überwiegend in Berlin aufgehalten haben.

Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Eintragungen gilt die Unterstützungsunterschrift als ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Unterschriften, die früher als sechs Monate vor dem Eingang des Antrages bei der Senatsverwaltung für Inneres geleistet wurden, sind ungültig.

Nicht vom/von der Unterzeichner/in ausfüllen!

**Amtliche Bescheinigung:** Bezirksamt

von Berlin–Bezirkswahlamt

Der/die Unterzeichner/in

ist unterschriftsberechtigt

ist nicht unterschriftsberechtigt, weil

\_\_\_\_\_ Begründung in Kurzform

Im Auftrag

Dienstsiegel

\_\_\_\_\_ Unterschrift, Datum

## Antrag zum Volksbegehren

»Für offene und demokratische Hochschulen«

### Gesetzestext

Hiermit wird beantragt, das Volksbegehren »Für offene und demokratische Hochschulen« zuzulassen.  
(Gesetzestext und Begründung des Antrags zum Volksbegehren siehe Seite 2 bis 4).

### Gesetz zur Änderung des Berliner Hochschulgesetzes vom 12. Oktober 1990 (GVBl. S. 82) in der Fassung vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 576)

#### Artikel I

Das Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin / Berliner Hochschulgesetz (BerlHG)  
vom 12. Oktober 1990 (GVBl. S. 82) in der Fassung vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 576) wird wie folgt geändert:

---

#### 1. Abschnitt: Einleitende Vorschriften

---

##### 1. § 2 Rechtsstellung

###### § 2 Abs. 9 Satz 2 wird wie folgt eingefügt:

»(2) Sonstige Modelle, welche Geldleistungen der Mitgliedergruppe i.S.d. § 45 Abs. 1 Nr. 3 zur Ermöglichung des Studiums bzw. der Fortführung des Studiums beinhalten – insbesondere Bildungsgutscheine und Studienkonten – sind unzulässig.«

---

#### 2. Abschnitt: Rechte und Pflichten der Studenten und Studentinnen

---

##### 2. § 10 Allgemeine Studienberechtigung

###### § 10 Abs. 5 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

»(2) Alleiniges Zugangskriterium für Masterstudiengänge ist der berufsqualifizierende Abschluss eines Hochschulstudiums; darüber hinausgehende Eignungs- und Qualifikationsvoraussetzungen dürfen nicht gefordert werden. Für alle Studierende, die an einer Berliner Hochschule den Abschluss Bachelor of Arts / Bachelor of Science erlangt haben und anschließend den Grad Master of Arts / Master of Science erlangen wollen, sind entsprechende Studienplätze / Studienplatzkapazitäten bereitzustellen.«

---

#### 5. Abschnitt: Mitgliedschaft und Mitbestimmung

---

##### 3. § 46 Zusammensetzung und Stimmrecht

###### § 46 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

»Die Mitgliedergruppen i.S.d. § 45 Abs. 1 sind in allen Gremien bezüglich der Stimmenverhältnisse gleichberechtigt, so dass sich ein Stimmenverhältnis unter den Mitgliedergruppen i.S.d. § 45 Abs. 1 von 1:1:1:1 ergibt.«

###### § 46 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

»Ist ein Beschluss des Akademischen Senats oder des Fachbereichsrats gegen die Stimmen sämtlicher Mitglieder mindestens einer der Mitgliedergruppen gemäß § 45 Abs. 1 getroffen worden, so muss über die Angelegenheit auf Antrag erneut beraten werden. Eine erneute Entscheidung darf frühestens nach einer Woche erfolgen.«

###### § 46 Abs. 5 entfällt.

##### 4. § 60 Zusammensetzung des Akademischen Senats

###### § 60 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

»Dem Akademischen Senat der Universität gehören achtundzwanzig Mitglieder stimmberechtigt an, und zwar

1. sieben Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. sieben akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. sieben Studenten oder Studentinnen,
4. sieben sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«

###### § 60 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

»Dem Akademischen Senat der Hochschule der Künste und der Technischen Fachhochschule gehören zwanzig Mitglieder stimmberechtigt an, und zwar

1. fünf Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. fünf akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. fünf Studenten oder Studentinnen,
4. fünf sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«



**§ 60 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:**

»Dem Akademischen Senat der künstlerischen Hochschulen und der übrigen Fachhochschulen gehören sechzehn Mitglieder stimmberechtigt an, und zwar

1. vier Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. vier akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. vier Studenten oder Studentinnen,
4. vier sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«

**§ 60 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:**

»Der Akademische Senat kann einen Ferienausschuss zur Erledigung dringender Angelegenheiten bilden. Dem Ferienausschuss gehören stimmberechtigt an

- an den Universitäten sechzehn Mitglieder, davon vier Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sowie je vier Vertreter oder Vertreterinnen der übrigen Mitgliedergruppen;
- an den übrigen Hochschulen acht Mitglieder, davon zwei Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen sowie je zwei Vertreter oder Vertreterinnen der übrigen Mitgliedergruppen.«

**5. § 62 Zusammensetzung des Konzils**

**§ 62 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:**

»Dem Konzil der Universitäten und der Hochschule der Künste gehören sechzig Mitglieder an, und zwar

1. fünfzehn Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. fünfzehn akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. fünfzehn Studenten oder Studentinnen,
4. fünfzehn sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«

**§ 62 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:**

»Dem Konzil der Technischen Fachhochschule gehören achtundvierzig Mitglieder an, und zwar

1. zwölf Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. zwölf akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. zwölf Studenten oder Studentinnen,
4. zwölf sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«

**§ 62 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:**

»Dem Konzil der künstlerischen Hochschulen und der übrigen Fachhochschulen gehören vierundzwanzig Mitglieder an, und zwar

1. sechs Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. sechs akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. sechs Studenten oder Studentinnen,
4. sechs sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«

**6. § 70 Fachbereichsrat**

**§ 70 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:**

»Dem Fachbereichsrat an den Universitäten und der Hochschule der Künste gehören zwölf Mitglieder an, und zwar

1. drei Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. drei akademische Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen,
3. drei Studenten oder Studentinnen,
4. drei sonstige Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen.«

**§ 70 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:**

»Dem Fachbereichsrat an den Fachhochschulen gehören acht Mitglieder an, und zwar

1. zwei Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen,
2. zwei akademischer Mitarbeiter oder eine akademische Mitarbeiterin,
3. zwei Studenten oder Studentinnen,
4. zwei sonstige Mitarbeiter oder sonstige Mitarbeiterin.«

**Artikel II**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

### **Begründung des Antrages zum Volksbegehren**

#### »Für offene und demokratische Hochschulen«

1. *»Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Das Land ermöglicht und fördert nach Maßgabe der Gesetze den Zugang eines jeden Menschen zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen, [...]«.* So steht es in der Verfassung des Landes Berlin geschrieben. Folgerichtig werden in Berlin auch keine Studiengebühren erhoben. Dennoch wird auf politischer Ebene über die Einführung von Studienkontenmodellen nachgedacht, die letztlich eine verdeckte Studiengebühr enthalten würden. Bildung würde endgültig als Ware deklariert werden und auch das Studium müsste sich der Verwertungslogik unterwerfen. Bildung und Wissenschaft sollen aber frei und unabhängig sein. Wer Studierende auf den Kostenfaktor reduziert, verkennet, dass Bildung und Forschung Werte an sich darstellen. Insofern ist es wichtig, dass nicht nur Studiengebühren ausdrücklich gesetzlich ausgeschlossen werden, sondern auch Studienkontenmodelle in jeglicher Ausprägung.

2. Im Koalitionsvertrag der Rot-Roten Regierung wird erklärt, es werde eine Viertelparität in den Hochschulgremien angestrebt. Dieses Versprechen fordert dieses Volksbegehren ein, indem alle Hochschulgremien viertelparitätisch besetzt werden. Das bedeutet, dass ProfessorInnen, Studierende, akademische MitarbeiterInnen und sonstige MitarbeiterInnen die selbe Anzahl von Sitzen und das selbe Stimmrecht in jedem Gremium haben. Somit wird eine längst überfällige Demokratisierung der Hochschule erreicht und das bisherige Mehrheitsmonopol der ProfessorInnen gebrochen. Da an den Hochschulen die zukünftigen führenden Köpfe der Gesellschaft ausgebildet werden, ist es notwendig, hierarchische Strukturen aufzubrechen und Demokratieverständnis zu wecken, um dem allgemeinen Trend zum Demokratieabbau entgegenzuwirken. Johann Gottlieb Fichte forderte einst, die Universität müsse sich als „Hort der Vernunft“ eine vernünftige Ordnung geben, die der übrigen Gesellschaft als Vorbild dienen solle. Wenn die Gesellschaft also nicht länger eine oligarchische Ordnung zum Vorbild haben soll, muss die begehrte Gesetzesänderung 1:1 umgesetzt werden.

3. Mit der Einführung der Bachelor und Masterstudiengänge stellt sich die Frage der Zugangsbegrenzung für die Zulassung zum Masterstudiengang. Da die Masterstudiengänge erst nach Abschluss eines Bachelors angegangen werden können, würde eine jede Zugangsbeschränkung einen drastischen Eingriff in die Bildungsfreiheit bedeuten, der nicht gerechtfertigt werden kann. Insofern fordern wir die Festschreibung des Verbots von Zugangsbeschränkungen für Masterstudiengänge. Des weiteren fordern wir einen Rechtsanspruch auf einem Studienplatz in einem Masterstudiengang für alle BA- Absolventen, die in Berlin ihren Bachelor-Abschluss gemacht haben. Berlin muss sich entscheiden, ob es Bildungshauptstadt oder Bildungsprovinz mit pseudo-elitärem Anstrich werden möchte.

Diese perspektivische Kritik steht nun zur öffentlichen Debatte, einerseits in den Hochschulen und andererseits in der Berliner Öffentlichkeit. Durch das Einbringen des Volxbegehrens in die Hochschulen erhoffen wir uns einen hochschulinternen Dialog, der die hochschulpolitische Debatte inhaltlich, sowie in ihrer Breite, neu belebt. Dieses Volxbegehren bleibt hier jedoch nicht stehen. Interessen von Studierenden sollen schon im Vorfeld der politischen Entscheidungen zur anstehenden Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes in die politische Diskussion sowie in den Focus der Öffentlichkeit eingebracht werden. Wir sehen Bildung als einen zentralen Punkt der Daseinsfürsorge an. Der politische Druck auf die Regierungsparteien SPD und Die Linke, der durch dieses Volksbegehren aufgebaut werden soll, entfaltet sich bereits. Auf dem Landesparteitag der Linken wurde dem Antrag zum Volxbegehren »Für offene und demokratische Hochschulen« die Unterstützung des Berliner Landesverbandes gesichert.

Schon der Name des Volxbegehrens »Für offene und demokratische Hochschulen« lässt erkennen, dass sich die InitiatorInnen gegen die Anträge der Berliner Hochschulen zur Exzellenzinitiative richten. Während die neuen »Eliteuniversitäten« durch eine weitere Verstärkung der Selektion der »Besten Köpfe« gekennzeichnet sein sollen, wollen wir demokratische Strukturen mit Partizipationsmöglichkeiten für jedeN.

Als letzte Komponente verstehen wir als Bündnis »Für Solidarität und freie Bildung« dieses Volxbegehren als Teil des bundesweiten Kampfes gegen Studiengebühren und deren Einführung. Studiengebühren können noch in den Ländern verhindert werden, die diese noch nicht, bzw. teilweise eingeführt haben. Dies muss offensiv in das öffentliche sowie studentische Bewusstsein gebracht werden.

### **Das Volxbegehren in Kürze**

Das Begehren beinhaltet drei Punkte: viertelparitätische Mitbestimmung, offener Zugang zum Master als Wahlmöglichkeit für einen Abschluss und die Stärkung des Rechts auf gebührenfreies Studium.

- In der ersten von insgesamt drei Stufen werden 20.000 Unterschriften bis zum 11. Dezember benötigt.
- Wenn die Bögen selber ausgedruckt werden, müssen sie alle vier Seiten umfassen und zusammengeheftet sein.

### **Beim Ausfüllen ist zu beachten, dass...**

alle Vornamen eingetragen werden,

die vollständige Anschrift mit Postleitzahl angegeben wird

und die Unterschrift mit Vor- und Zuname erfolgen muss.

### **Hier gibt es die Bögen (können auch dort abgegeben werden):**

#### **Dahlem:**

AStA FU  
Café Kauderwelsch - Habelschwerdter Allee 45  
Histo Café  
Pi-Café - Habelschwerdter Allee 45  
Rotes Café  
Sportler Café - Habelschwerdter Allee 45

#### **Friedrichshain:**

RAW Tempel - Revaler Straße 99, 10245 Berlin

#### **Kreuzberg:**

IZB - Bethanien - Mariannenplatz 2, 10997 Berlin

#### **Mitte:**

sbz Krähenfuss - Unter den Linden 6, 10099 Berlin;  
BAIZ - Christinenstrasse 1 (Ecke Torstr.), 10119 Berlin;  
Offene Uni - Philippstr. 13 (Haus 20), 10115 Berlin

#### **Prenzlauer Berg:**

Cafe Morgenrot - Kastanienallee 85, 10435 Berlin

## **Berliner Bündis für Freie Bildung**

Das Berliner Bildungsbündnis ist vor knapp einem Jahr gegründet worden. Es umfasst ein breites Spektrum an Menschen und Gruppen. Das Bündnis trifft und berät sich im monatlichen Plenum in der Offenen Uni BerlinS (OUBS). Es hat bereits u.a. einen Aktionstag und eine Demo mit Schüler/innen organisiert sowie zusammen mit anderen Initiativen die Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung weiter vorangetrieben. Da ein Kampf für (kosten)freie Bildung nicht allein zu bewältigen und schon gar nicht zu gewinnen ist, wird eine breite Zusammenarbeit mit anderen sozial benachteiligten Gruppen und protestierenden Studierenden in Berlin und bundesweit angestrebt. Kontakt: [www.freie-bildung.de](http://www.freie-bildung.de) Bündnistreffen: Plenum jeden 3. Donnerstag im Monat - 19.00 Uhr in der Offenen Uni BerlinS (OUBS - [www.offeneuni.tk](http://www.offeneuni.tk))

# Lenzen will kein Licht im Dunkeln

Umfrage »Studierbarkeit an der FU Berlin«  
stößt auf Hindernisse

MARIE JÄGER,  
MATHIAS BARTELT,  
VIKTORIA BRAUNSTEIN,  
SEBASTIAN SCHNEIDER  
FÜR DIE INITIATIVE »STUDIENBARKEIT AN DER FU BERLIN«



Seit der Umsetzung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen mit der übereilten Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen und der Abwicklung der alten Studiengänge wie Magister und Diplom scheint an den Universitäten vor allem eins zu herrschen: Kopflosigkeit. Bachelorordnungen werden in einigen Fächern jedes zweite Semester umgeschrieben, Lehrkräfte sind oft wenig vertraut mit parallel laufenden Prüfungsregularien und eingesetzte Bachelorbeauftragte hoffnungslos überfordert.

Einige Probleme scheinen flächendeckend aufzutreten, werden jedoch nur in kleineren Kreisen diskutiert und selten gelöst: StudienanfängerInnen im BA fühlen sich mit ihren Fragen oft allein gelassen und finden keine informierten AnsprechpartnerInnen.

Auf einem Koordinationstreffen verschiedener Fachschaftsinitiativen Ende April diesen Jahres waren diese

Probleme einmal mehr Gegenstand langer Diskussionen und Überlegungen. Die Auseinandersetzung mit so genannten »Einzelfällen« auf Institutsebene schien immer wieder ohne nennenswerte Besserungen im Sande zu verlaufen. Daher fanden sich schließlich Fachschaftsaktive zusammen, um gezielt Probleme und Vorteile der alten und neuen Studiengänge mittels einer Umfrage zu erfassen und sie gebündelt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

## **Einzelfälle und Kinderkrankheiten?**

Zeitgleich erschienen die Ergebnisse der vor einem Jahr durchgeführten repräsentativen Umfrage an der Humboldt Universität. Diese ergab, dass es sich bei den von Seiten der Universitätsleitung oft als »Kinderkrankheiten«

bezeichneten Schwierigkeiten um strukturelle Probleme handelt. Diese reichen von gravierenden psychischen Belastungen aufgrund der Zulassungsbeschränkung beim Master über die in den neuen Studiengängen häufiger auftretenden Schwierigkeiten beim Kombinieren von Studienfächern und Veranstaltungen bis hin zur Unvereinbarkeit des stärker verschulerten Studiums mit außeruniversitären Belastungen wie Jobben, Kindern, chronischen Erkrankungen oder der Betreuung von Familienangehörigen. Letzteres ergibt sich aufgrund der Umdeutung der Regelstudienzeit vom Idealfall zur Vorschrift. Beratungsangebote seien dabei kaum beziehungsweise gar nicht bekannt.

Der Umfragegruppe »Studierbarkeit an der FU« ging es nach Veröffentlichung dieser Ergebnisse vor allem darum herauszufinden, ob und inwiefern diese Befunde auch auf die FU zutreffen. Der Vergleich der Ergebnisse soll Aufschluss darüber geben, mit welchen Problemen sich universitätsintern und auf höherer politischer Ebene umgehend auseinandergesetzt werden muss.

Der Fragebogen wurde gemeinsam mit der Evaluationsgruppe der HU überarbeitet und an die FU angepasst. Anfang Juni begann der Erhebungszeitraum.

---

**»Ich habe kein Interesse daran, die Studienbedingungen zu verbessern. Ich stehe kurz vorm Abschluss, und wenn nachrückende Studierende gute Noten bekommen, bedeutet das für mich nur mehr Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.«**

---

Glücklicherweise eine Einzelmeinung, generell wurde die Umfrage ebenso wie an der HU mit großem Interesse von Studierenden und Dozierenden aufgenommen, aktiv und engagiert von den Fachschaftsinitiativen mitgetragen und infrastrukturell sowie materiell vom AstA und der GEW unterstützt.

Negativ überrascht haben die frühzeitigen Versuche der studentischen Politgruppen Demokratisches Forum (DeFo) und Liberale Hochschulgruppe (LHG), die Umfrage zu diskreditieren: So argumentierte ein DeFo-Mitglied nach einer ersten, flüchtigen Sichtung des Fragebogens in der Kommission für Lehrangelegenheiten (KfL) offenbar wegen des vermeintlichen politischen Gegners »Fachschaftsinitiativen« vehement gegen die Umfrage. Die LHG verbreitete in ihrem Blog mehrfach Fehlinformationen - etwa, dass die Umfrage vom AstA initiiert sei - und zweifelte die Repräsentativität der Umfrage bemerkenswerter Weise noch während des Erhebungszeitraums an, ohne sich dabei über die Verteilungsmethodik genauer informiert zu haben. Die LHG relativierte zumindest ihre anfängliche Kritik und stimmte im Studieren-

denparlament (StuPa) einem Antrag auf Unterstützung der Umfrage zu.

---

### **Der Präsident will nicht**

---

Dieser Antrag - die Aufforderung an das Präsidium, einen Link auf den Online-Fragebogen über die Zedat-Accounts zu verschicken - war auch der letzte erfolglose Versuch der Umfragegruppe, das Präsidium zur Kooperation zu bewegen: Nach monatelangen Verhandlungen in der KfL, dem Akademischen Senat (AS), über Email-Kontakt mit dem Präsidium und einem Treffen mit der BA-Evaluationsgruppe des Präsidiums wurde die Aufforderung trotz einstimmigen Votums des StuPas schließlich von der dritten Vizepräsidentin mit der lapidaren Bemerkung: »Der Präsident hat entschieden, dass er das nicht will.« abgewiesen. Vorher war bereits die Bitte, über die Rückmeldeaufforderungen eine Beilage mit Verweis auf den Online-Fragebogen zu verschicken, kommentarlos zeitlich verschleppt worden, bis schließlich mitgeteilt werden konnte, dass es dafür nun leider zu spät sei. Eine inhaltliche Begründung wurde erst auf erneute Anfrage im AS nachgereicht: Fragen seien suggestiv formuliert und dem Online-Fragebogen fehle eine TAN-Sicherung. Offenbar vorgeschobene Gründe, denn die BA-Evaluationsgruppe des Präsidiums hatte sich im Vorfeld entschieden positiv zum Fragebogen und zur Verteilungsmethodik geäußert. An der HU hatte das Präsidium beide Verschickungen ermöglicht und obendrein den Druck der Evaluationsauswertung mitfinanziert - eigentlich das zu erwartende Minimum an (symbolischem) Entgegenkommen.

Die unmittelbaren Blockadeversuche von Präsidium, LHG und DeFo zeugten eher von Parteipolitik und den üblichen inneruniversitären Grabenkämpfen als von ernstgemeinter inhaltlicher Auseinandersetzung mit Studierendenbelangen. Trotz entschlossener Bemühungen der Umfragegruppe um wissenschaftliche Neutralität wurde so die ideologische Leerstelle von außen durch Spekulationen und Zuschreibungen gefüllt. Das Gros der Studierenden blieb hiervon jedoch unbeeindruckt: nach Abschluss des Erhebungszeitraumes Mitte August und Bereinigung um nicht auswertbare Fragebögen bleiben etwa 1500 Fragebögen als Evaluationsgrundlage. Auswertung folgt.

# Verrufen

## Zur Berufungspraxis an der FU

VON INGA NÜTHEN

**E**s gibt Neuigkeiten im Prozess der zunehmenden Entdemokratisierung der Freien Universität. Jüngstes Beispiel der autoritären Praxis der Universitätsleitung ist der Stopp des Berufungsverfahrens zur Besetzung der Juniorprofessur »Politik Nordamerikas« am John.F.-Kennedy-Institut (JFK).

Eigentlich war der Kandidat Albert Scharenberg unumstrittener Favorit, hatten doch alle involvierten Gremien das Votum der zuständigen Berufungskommission bestätigt. Doch das Präsidium sah das anders, und so wurde die Berufungsliste im Mai vor ihrer Weitergabe an den Senat gestoppt. Die fadenscheinige Begründung des Präsidiums lautete: der Kandidat sei zu alt und unqualifiziert.

Es drängt sich allerdings vielmehr der Gedanke auf, dass ein Juniorprofessor mit linker politischer Ausrichtung - Scharenberg ist Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur der »Blätter für deutsche und internationale Politik« - dem Präsidium ein Dorn im Auge ist.

### Alltag in einer Eliteuniversität?

Bemerkenswert ist die Ironie der Tatsache, dass das Präsidium ausgerechnet einen Kandidaten als unqualifiziert ablehnt, dessen wissenschaftliche Ausbildung am JFK selbst stattgefunden hat - jenem Institut, das mit der »Graduate School of Nord Amerika Studies« als einziges siegreich aus dem fragwürdigen Elitewettbewerb deut-

scher Hochschulen hervorgegangen ist. Doch gerade dieser Status des JFK begründet wohl die präsidiale Einmischung. Lenzens Vorstoß zeigt, dass wir uns bereits mitten im Alltag einer Eliteuniversität in Dahlem befinden. Dieser ist geprägt von autoritären Entscheidungen, die konform mit einer kapitalistischen Verwertungslogik im Bildungsbereich und zur Absicherung der Privilegien einiger weniger getroffen werden.

### Antidemokratische Strukturen

Das durch einen Artikel von Spiegelonline (10.09.07) in die öffentliche Kritik geratene Berufungsverfahren am JFK ist jedoch nur die Spitze des Eisberges einer Praxis, die weniger auf die Qualität von Lehre und wissenschaftlicher Forschung setzt, als auf die Produktion eines wirtschaftlich verwertbaren Out-puts. Nicht nur Gremien werden übergangen. Studierende werden nur marginal in Berufungsverfahren eingebunden und kritische Lehre wird im Zeitalter internationaler Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens FU nicht geduldet.

Anhand dieser gängigen Berufungspraxis wird deutlich, dass an der FU nicht einmal der geringe Standard an gesetzlich verankerter demokratischer Mitbestimmung beachtet wird. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der zunehmenden Verbreitung antidemokratischer Strukturen an der Universität ist dringend notwendig.

### **Arbeitskreis Hochschulpolitik**

Der Arbeitskreis Hochschulpolitik beschäftigt sich mit der Umstrukturierung der Hochschullandschaft, beispielsweise mit der Einführung und Umsetzung der Bachelor- und Masterstudiengänge und Campus Management. Der Arbeitskreis ist offen für alle, die den Studienfrust nicht schlucken, sondern vorhandene Spielräume nutzen und etwas verändern wollen. Wir wollen Probleme lokalisieren, Forderungen bündeln und vor allem versuchen, etwas zu ändern! » Kontakt: [hopo@astafu.de](mailto:hopo@astafu.de) Treffen: Jeden 2. Donnerstag, 18 Uhr im AStA

# ASHB wehrt sich gegen Rassismus

HOCHSCHULPOLITIKREFERAT

UND ANTIRASSISMUS/ANTIFASCHISMUSREFERAT

DES ASTA DER ASHB

Im Sommersemester 2007 wendeten sich StudentInnen der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASHB) an den dortigen AstA. Sie berichteten, dass sie die Abendstunden am Hochschulstandort Hellersdorf und die Heimfahrten mit der Bahn als bedrohlich empfinden, weil sie aus unterschiedlichen Gründen nicht in das rechte Weltbild passen. Ähnliches berichten auch MigrantInnen, die sich in der »Hellen Mitte« aufhalten.

Diese Angst ist keineswegs unbegründet, da es in diesem Jahr bereits eine Reihe von rechtsextremen Aktivitäten in der Nähe der ASHB gab. Zum Todestag von Rudolf Heß unternahmen Rechtsextremisten Flyeraktionen und hängten ein »Gedenkt Rudolf Heß« Transparent am Einkaufcenter in der Hellen Mitte auf. Es ist auch bekannt, dass ein NPD-Mitglied auf dem Alice-Salomon-Platz zwischen Rathaus und ASHB versucht Jugendliche für sich zu gewinnen. Direkt vor der ASHB vertreibt ein Markthändler die rechtsextreme Modemarke Thor Steinar und andere Artikel, die sich an rechtsextreme Kunden richten. Das Antifaschistische Bündnis Marzahn/Hellersdorf weist auf seiner Homepage [www.kein-verstecken.de](http://www.kein-verstecken.de) noch eine Vielzahl weiterer rechtsextremer Aktivitäten auf.

Um dieser Situation entgegenzutreten wurde eine Fahrgemeinschaft mit der U-Bahn eingerichtet, so dass sich jeder frei von Angst und Unsicherheit bewegen kann. Keinesfalls ging es darum vor möglichen Bedrohungen zu kapitulieren oder eine Art »Flucht« aller möglichen Opfergruppen zu befürworten. Das konkrete Bedrohungsgefühl war aber zunächst anzuerkennen, um im nächsten Schritt

auf die gesellschaftliche Verantwortung aller AkteurInnen im Kampf gegen den Rechtsextremismus hinzuweisen.

Zu diesem Zweck fand an der ASHB eine Podiumsdiskussion zum Thema Großsiedlung und Rechtsextremismus statt. Diese wurde gemeinsam von der Rosa Luxemburg Stiftung, der bezirklichen Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus Polis\* und der ASHB veranstaltet. Dieser Veranstaltung folgte der Hochschultag der ASHB, der sich ebenfalls mit Rechtsextremismus befasste. Ein Resultat dieses Hochschultages ist der Runde Tisch Helle Mitte, der in Kooperation zwischen VertreterInnen der ASHB und Polis\* eingerichtet wurde. An diesem nehmen nahezu alle AkteurInnen, die mit der Hellen Mitte zu tun haben, teil und entwickeln Ideen, wie mit der Problematik umgegangen werden soll. Die Thematisierung des Rechtsextremismus ist natürlich nur ein kleiner Schritt und gibt bei weitem keinen Anlass, sich nun auszuruhen. Ziel der ASHB muss es sein, sich stärker im Bezirk zu engagieren, sich mit lokalen Akteuren zu vernetzen und gemeinsam eine Gegenkultur zum Rechtsextremismus aufzubauen.

Viel zu lang hat sich die ASHB über ihren Standort beschwert. Eine Hochschule, die durch ihren Schwerpunkt »Soziale Arbeit« bundesweit bekannt ist, muss sich auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung an ihrem Standort stellen.

## I M P R E S S U M

Das **ASTA** info wird herausgegeben vom *astafu*, Otto-von-Simson-Str.23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839 091-0, per Mail unter [info@astafu.de](mailto:info@astafu.de). Faxen an: 831 45 36. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Aktuelle Infos gibt es jeweils unter:

**[www.astafu.de](http://www.astafu.de)**

Auflage: 3.500

Druck: AstA-Druck

Redaktion/Layout: Björn Kietzmann, Elsa Koester,  
Martin Burwitz, Harald Herbich

**Behindertenberatung**

Telefon: 838 56 203  
 Fax: 838 56 354  
 E-Mail: behindertenberatung@astafu.de  
 Raum JK 29/202 (Silberlaube, 1.Etage), Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

**Rechtsberatung**

Telefon: 839 091-0  
 Fr 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
 Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.

**Hochschulberatung**

Telefon: 839 091-12  
 E-Mail: hochschulberatung@astafu.de

**BAföG-Beratung**

Telefon: 839 091-12

**Frauenberatung**

Telefon: 839 091-23

**Semesterticket-Büro**

Telefon: 839 091-40  
 Fax: 838 091-41  
 E-Mail: semtixbuero@astafu.de  
 Thielallee 36 (unter dem Capitol-Kino), 14195 Berlin

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup> UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

# ASTA-BERATUNGEN

**Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)**

Telefon: 839 091-22

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

Für weitere Informationen und die genauen Beratungszeiten schaut auf [www.astafu.de/service/beratungen](http://www.astafu.de/service/beratungen)

**Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung**

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)  
 Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>  
 E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

**AusländerInnenberatung**

Telefon: 839 091-17  
 E-Mail: beratung@auslaenderinnen.de

**Sozialberatung**

Telefon: 839 091-12  
 E-Mail: sozialberatung@astafu.de

## Offene Uni Berlins (OUBS)

Gegründet während des Studierendenstreiks 2003, gibt's die OUBS schon fast 4 Jahre und trotz zweier Umzüge. Sie ist ein selbstorganisierter, offener Raum & immer wieder Stein des Anstoßes im Uni-Betrieb. Ein Ort kritischer Auseinandersetzung mit dem, was ist und was es (anders) sein könnte - jenseits von Leistungsdruck & Wissenshierarchien. Die Veranstaltungen stehen allen kostenfrei offen. Finanziert wird alles durch Spenden.

Die OUBS bietet Raum für verschiedenste Projekte: autonome Seminare, Kultur- und Kunstprojekte, Gruppen- und Aktionstreffen - und um gemeinsam Spaß zu haben, beim Kickern,

Kochen, Diskutieren oder einfach nur Kaffee trinken in Seminar- und Plenumsräumen, Café, Küche, Computerpool mit Internetanschluss, Theaterraum oder Fotolabor.

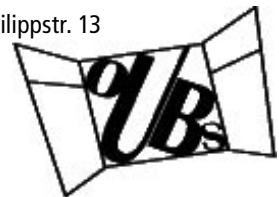
Sie ist kein Dienstleistungsbetrieb, sondern ein selbstverwaltetes Projekt, das von Menschen lebt, die Lust haben, sie gleichberechtigt mitzugestalten und hier Veranstaltungen zu machen. Für ihren Fortbestand gilt es weiterhin kreativ zu streiten.

HU Campus Nord, Haus 20, Philippstr. 13

Telefon: 2093 -6076/78

Omline: [www.offeneuni.tk](http://www.offeneuni.tk)

Email: [offene-uni@gmx.de](mailto:offene-uni@gmx.de)



Für das Wintersemester 2007/08 wird auch wieder das Alternative Vorlesungsverzeichnis erscheinen - mit Infos zu studentischen Seminaren, Initiativen, Projekten u.vm. Weitere Informationen erhaltet ihr hier: [www.avvb.de](http://www.avvb.de) ...und auf den Seiten der OUBS.